

Medienvielfalt | 26.03.2025 | Nr. 80/25

Hermann Junghans: TOP 14: Medienvielfalt sichern

Es gilt das gesprochene Wort!

Sehr geehrtes Präsidium,

meine sehr geehrten Damen und Herren,

es ist auf das Jahr genau 500 Jahre her, dass die öffentliche Meinung das erste Mal durch ein Massenmedium ganz wesentlich geprägt wurde. Es war ein Meilenstein der Mediengeschichte, dass sich fast alle Aufständischen des Jahres 1525 auf ein Flugblatt mit den „12 Artikeln von Memmingen“ beriefen. Mit einer damals unvorstellbaren Auflage von 25'000 Exemplaren haben diese Flugblätter den weiteren Verlauf der Geschichte erheblich beeinflusst.

Nachdem das Potential von Massenmedien erkannt worden war, hat man versucht, die Medien zu kontrollieren. Dabei hatte man sehr früh erkannt, dass das größte Umsturzpotential nicht durch Bücher, sondern durch Zeitungen und Flugschriften transportiert wird. Bücher galten schon damals als nicht massentauglich und die meisten Zensurgesetze – nicht alle - beschränkten sich deshalb auf die kürzeren und schnelleren Informationen durch Zeitungen und Flugblätter.

Der Eine oder die Andere wird sich jetzt vielleicht sagen: „Das ist ja schon alles ein bisschen her. Was hat das mit den Medien in unserer Zeit zu tun?“

In unserer Zeit wurden und werden die Meilensteine der Mediengeschichte immer schneller gesetzt und nicht alles können wir als Fortschritte bewerten.

Als Jugendlicher habe ich morgens die Tageszeitung gelesen und abends die Tagesschau gesehen. Am Wochenende hat man in der Fußgängerzone auch noch mal ein Flugblatt entgegengenommen und das wars dann im Wesentlichen auch schon an Konsum von Nachrichten mit politischem Inhalt. Was es noch nicht gab, war die Verführung zum Dauerkonsum und es gab noch keine Algorithmen. Insofern waren die Medienverhältnisse der 1980er Jahre dichter an denen vorhergehender Jahrhunderte als an den heutigen.

Heute sind es erneut wieder neue technische Möglichkeiten, mit denen die Spielregeln ganz erheblich verändert werden. In den frühen 1990er Jahren hat man die sich abzeichnenden Innovationen nur positiv, teilweise sogar enthusiastisch

beurteilt. Es wurde prophezeit, dass wir in einigen Jahrzehnten in einer Informationsgesellschaft leben würden, bei der man überall auf der Welt und ohne großen Aufwand auf alle öffentlichen Informationen zugreifen könnte. Auch wenn sich damals viele nicht vorstellen konnten, wie das technisch gehen soll, alle haben diese Vision als Fortschritt bewertet. Dass viel mehr Informationsmöglichkeiten zur Verfügung stehen würden als bislang, sollte ganz automatisch die Informationspluralität verbessern – dachte man.

Heute wissen wir, dass ein Mehr an Informationsmöglichkeiten nicht zwingend mit einem Mehr an Überblick und echter Erkenntnis verbunden ist. Denn: Noch wichtiger als die Fülle von theoretisch zur Verfügung stehenden Informationen ist die Art und Weise ihrer Filterung, in welchen Kontext sie gestellt und vor allem, wie sie priorisiert oder ob sie sogar unterdrückt werden.

Medien sollen dem Austausch von Informationen und Ideen und auch der anschließenden Entscheidungs- und möglichst auch Konsensfindung dienen. Wir erleben aber auch, dass neue technische Möglichkeiten zur Manipulation genutzt werden. Der Missbrauch aus wirtschaftlichen oder politischen Motiven kann so weitreichend sein, dass er die Stabilität unserer Gesellschaft gefährdet.

Diese Gefahren drohen übrigens nicht nur von großen US-amerikanischen und chinesischen Unternehmen, sondern noch mehr von Russland und deren Handlangern am rechts- und linksextremistischen Rand in Deutschland. Es wundert mich ein bisschen, dass der SPD-Antrag diese Gefahren nicht nennt.

Ein sehr sympathischer ehemaliger Fraktionsvorsitzender hat an dieser Stelle des Öfteren gefordert, dass eine Lösung mindestens so groß wie das Problem sein müsse.

Meine Damen und Herren,

es ist offensichtlich, dass wir eine Landesmedienanstalt nicht in die Lage versetzen können, dass sie uns allein vor Manipulationen durch global agierende Unternehmen und imperialistische Diktaturen zu schützt. Landesmedienanstalten können dazu nur einen Beitrag leisten. Entscheidend ist die Stärkung der bundesweiten und möglichst auch der europäischen Möglichkeiten. Ich empfehle deshalb den Antrag der Koalitionsfraktionen zur Annahme.